



**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpresse@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpresse@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)  
[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)  
[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

25.10.2016

Pressemitteilung Nr. 17/890

## **Tonne: Koalition gegen Aufhebung der Immunität – Parlamentarier müssen sich für Bürger einsetzen**

Die rot-grüne Koalition wird am Mittwoch im Landtag gegen die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Ronald Schminke (SPD) stimmen: „Parlamentarier sind dafür gewählt, sich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Nichts Anderes hat Ronald Schminke gemacht“, sagt Grant Hendrik Tonne, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion. „Abgeordnete sind Anwälte der Menschen.“

Tonne: „Die Vorwürfe von CDU und FDP in der Sache sind absurd und offenbaren ein falsches Verständnis von der Immunität. Abgeordnete der Koalition würden immer für die Belange der Menschen streiten, deren Volksvertreter sie sind.“ Deshalb verfähre man sowohl beim Bundestag als auch in anderen Bundesländern in Fällen von politisch motivierten Strafanzeigen so, wie die rot-grüne Mehrheit entscheiden wolle. „Dass CDU und FDP nicht mitstimmen, kann ich nur als wahltaktisches Geplänkel bezeichnen.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer macht deutlich, dass das Recht des Parlamentes als Ganzes, Missstände öffentlich benennen zu können, entscheidend für die Demokratie sei. „Wer dafür an den Pranger gestellt wird oder mit Strafanzeigen eingeschüchtert werden kann, dem wird die Arbeit als Abgeordneter erschwert und beschränkt. Deshalb hat das Parlament als Volksvertretung den besonderen Schutz durch die Immunität für seine Mitglieder.“

Grant Hendrik Tonne plädiert jedoch auch dafür, die Vorschriften über die Aufhebung der Immunität dahingehend zu überprüfen, dass der Justiz die Möglichkeit einer „Vorprüfung“ eingeräumt wird, bevor es zu einer Entscheidung über die Aufhebung oder Nicht-Aufhebung einer Immunität komme. „So könnten offensichtlich unsinnige Anzeigen im Vorfeld erledigt werden.“